

26 FEB 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/39

Bonn, den 26. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Europa bleibt 59

Zur Brüsseler Aussprache der europäischen Sozialdemokraten  
Von Eberhard Dingels

2 Schwelendes Mißtrauen 30

Zur Krise der Unionsparteien

3 Danielius in der Klemme 45

Pankower Dilemma nach den Wahlen in Berlin  
Von Eberhard Zachmann, Berlin

4 "Wasser - Berlin - 1963" 39

Die grosse Ausstellung

5 Kiel stellt Signale auf Grün 40

Trabantenstadt entsteht

6 "Schwarz - Rot - Gold" 34

Geschichtliche Stationen der deutschen Freiheitsfarben  
Aus der Schriftenreihe der Jungsozialisten

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Europa bleibt

Zur Brüsseler Aussprache der europäischen Sozialdemokraten  
Von Eberhard Dingels

Führende Politiker der europäischen sozialdemokratischen Parteien hatten sich am letzten Wochenende im Chateau Karreveld in Brüssel zu einer zweitägigen Aussprache über Fragen der weiteren Einigung und Integration des freien Europas getroffen.

Die Gespräche, die einem offenen Meinungs-austausch und der gegenseitigen Unterrichtung dienten, fanden unter Leitung des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, statt und sahen als Teilnehmer unter anderem auch den schwedischen Ministerpräsidenten Erlander, den österreichischen Vizekanzler Pittermann, den österreichischen Außenminister Kreisky, den belgischen Außenminister Spaak, den neuen ausserpolitischen Sprecher der Labour Party, Gordon Walker, und die beiden Vizepräsidenten der EWG, Mansholt und Marjolin, sowie den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet.

Themen der Unterhaltung waren besonders der augenblickliche Stand der europäischen Einigungsbestrebungen nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen Großbritanniens zur EWG, die Fragen des Verhältnisses von EWG und EFTA sowie die Aspekte des deutsch-französischen Vertrages.

Es lag im Sinne dieser Aussprache, keine konkreten Beschlüsse in irgendeiner Richtung und Art zu fassen, sondern vielmehr die gegenseitigen Ansichten und Standpunkte in den entscheidenden europäischen Fragen zu erfahren.

Man war sich einig darüber, daß trotz einer Reihe von aktuellen Schwierigkeiten, deren Bedeutung von niemanden bestritten wurde, die Aufgabe der europäischen Einigung weiter besteht und daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, damit weder das bisher Erreichte gefährdet noch unnötige Spannungen und Komplikationen in der weiteren Zukunft hervorgerufen werden.

Es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die sozialdemokratischen Parteien Europas alles in ihrer Macht stehende tun werden, um etwa einen Handelskrieg zwischen EWG und EFTA zu verhindern, denn eine weitere Spaltung des freien Europa würde zu schwerwiegenden und tragischen Folgen nicht nur für die europäischen Völker, sondern auch für die ganze freie Welt führen.

Die Teilnehmer an der Aussprache in Brüssel waren der Meinung, daß die deutsch-französische Aussöhnung vorbehaltlos bejaht werden müsse. Vertragliche Abmachungen darüber dürften nicht zu einer Diskriminierung der übrigen europäischen Partner führen. Darüber hinaus sei eine Reduzierung der europäischen Zusammenarbeit auf die Basis nur bilateraler Abmachungen von großen Gefahren begleitet und diene nicht dem Geiste der für alle Beteiligten so lebensnotwendigen Fortsetzung der europäischen Integration. So war man auch der Meinung, daß die Aufgabenstellung der europäischen Gemeinschaft und ihre Verwirklichung erhalten bleiben müsse, unbeschadet der gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Man legte in Brüssel Wert auf die Feststellung, daß die sozialdemokratischen Parteien Europas sich zum weiteren Ausbau der Einheit des freien Europas bekennen, wobei auch unterstrichen wurde, wie entscheidend eine Partnerschaft zwischen Europa und den USA sei.

Damit aber zeigte sich, daß alle sozialdemokratischen Parteien Europas, ungeachtet der bestehenden Nuancen in den Vorstellungen von der europäischen Einigung und ebenfalls ungeachtet der vorhandenen Bindungen ihrer Länder in der EWG oder EFTA, ein vereintes Europa wünschen, in dem ein starkes Großbritannien in Gemeinschaft mit den übrigen Ländern dazu beiträgt, daß die Freiheit bewahrt und ein ständiger Ausbau der demokratischen Institutionen bewirkt wird.

Nach Abschluß der gegenseitigen Informationsgespräche kam man überein, solche Aussprachen in kürzeren Zeitabständen fortzusetzen und im Rahmen der Sozialistischen Internationale nach Konkretisierungen der sozialdemokratischen Vorstellungen zu suchen.

\* \* \*

#### Schwebendes Mißtrauen

sp -- Im Jahrhundertjahr der deutschen Sozialdemokratie befindet sich ihre große und an Jahren jüngste Konkurrentin nach einem Aufstieg ohnegleichen in einer schweren Krise, deren Auswirkungen die Kraft der Staatsführung lähmen und ein Gefühl allgemeinen Unbehagens hinterlassen. Ein faszinierendes Phänomen: die CDU/CSU hat den Glauben an sich selbst verloren, ihre führenden Männer liegen miteinander im Widerstreit. Strauss und Adenauer, die Vorsitzenden beider Parteien, stehen im Mittelpunkt heftiger Kontroversen innerhalb der eigenen Reihen. Es wäre gewiß falsch, den Aufstand der christlich-sozialen Studenten in München überzubewerten, aber immerhin ist er symptomatisch für die Stimmungen in der CSU, die irritiert ist durch den Konflikt Strauss - Guttenberg und durch die im offiziellen Spiegelbericht festgehaltenen mangelnden moralischen Führungsqualitäten des einst zum Idol erhobenen früheren Verteidigungsministers. Diese Jugend empfindet die Führung ihrer Partei durch einen Mann als Belastung, der nun in keiner Weise den Vorstellungen entspricht, die man von den führenden Männern der jungen deutschen Demokratie haben muß. Vielleicht gelingt es der CDU-Führung, der Rebellion wieder Herr zu werden, jedoch wird es ein Pyrrhussieg sein.

Der frühere und nicht gerade auf eine feine Art vom Amt ausgeschiedene Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, macht sich über den innern Zustand seiner Partei keine Illusionen. Gewiß mag auch zum Teil die persönliche Verärgerung eine Rolle spielen, doch nimmt dies nicht von Gewicht seiner Feststellung, die CDU bedürfe der "geistigen und persönlichen Erneuerung an Haupt und Gliedern, wenn sie in den nächsten Bundestagswahlen nicht empfindlich geschlagen werden wolle". Er, Lemmer, beobachte die Bildung von Fraktionen "mehr aus der Rivalität von Personen als aus Gegensätzen in der Sache". Wenn solche besorgten Stimmen schon ein halbes Jahr vor dem erwarteten und erwünschten Rücktritt des Bundeskanzlers zu hören sind, welches innenpolitische Erdbeben ist dann erst im Herbst zu erwarten, sollte Adenauer von der politischen Szenerie verschwinden? Zum Glück gibt es eine starke und zuverlässige Kraft in der Deutschen Demokratie, die sich bereit hält, dem deutschen Volk Gefahren abzuwenden. Die Stunde der deutschen Sozialdemokratie kommt vielleicht früher, als viele heute wahrnehmen wollen.

\* \* \*

Danielius in der Klemme

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Die Niederlage der SED bei den Berliner Wahlen ist der Ulbricht-Partei so in die Knochen gefahren, daß sie immer wieder in ihrem Zentralorgan "Neues Deutschland" darauf zurückkommt. Drei Kommentare in einer Woche zum gleichen Thema und dazu die in kommunistischen Sinne entstellte Auswahl internationaler Pressestimmen sind ein deutliches Anzeichen dafür, wie sehr sie sich durch den totalen Niedergang der SED in Westberlin getroffen fühlt. Der Versuch der SED, der Bevölkerung in Ostberlin und in der Zone den Wahlsieg der SED über die CDU als eine Bereitschaft der Westberliner Bevölkerung zu Verhandlungen mit Pankow auszulegen, wendet sich jetzt gegen die SED-Funktionäre selbst. Wie Berichte aus Ostberliner Betrieben zu entnehmen ist, wird hier die weitere Schrumpfung der SED-Stimmenzahl in Westberlin ziemlich offen mit Genugtuung registriert. Die kleinen Betriebsfunktionäre der SED und des FDGB zeigen von neuem Anzeichen einer starken Unsicherheit, die - wie immer in solchen Situationen - bereits wieder zu Anbiederungsversuchen der Funktionäre bei solchen Arbeitern führt, deren geringe Neigung zum SED-Regime betriebsbekannt ist.

Diese für die SED-Führung mehr als peinliche Situation und die Bedrohung, es sei mit dem Wahlsieg der "verhandlungsbereiten Bevölkerung Westberlins" eine Bresche geschlagen worden, hat die Kopflosigkeit der Westberliner SED-Anhänger verstärkt. Bitteres Wehklagen herrscht in den SED-Kreisen nicht nur darüber, daß die Westberliner SED überhaupt an der Wahl teilgenommen hat, sondern daß jetzt auch die IG-Metall in Westberlin, 27 Wahlkandidaten der SED-Berlin-West aus der Gewerkschaft mit der Begründung ausgeschlossen hat, das politische Verhalten dieser IG-Metall Mitglieder sei mit den Zielen und Idealen einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation nicht vereinbar.

Sehr stark ist auch die Verwirrung in der SED-Leitung in Westberlin. Der erste Sekretär Danielius hat sofort nach der Wahl vom Politbüro der SED eine Rüge erhalten. Nicht etwa wegen des Stimmenrückgangs der SED, sondern wegen einer "falschen politischen Taktik in der Einschätzung des Wahlausganges". Hatte doch Danielius im Gegensatz zu Ulbricht in Ostberlin den Mut aufgebracht, in einer Erklärung seines Sekretariats zur Wahl die Niederlage der SED auf die antikommunistische Einstellung der Arbeiterschaft und der breiten Masse der Bevölkerung zurückzuführen.

Bisher wurde diese Rüge nicht bekanntgegeben. Ebensovienig wurde bisher bekannt, daß die Leitung der SED-Berlin-West nun schon eine Woche lang darauf wartet, die ursprünglich gleich nach dem Abschluß der Wahlen geplante internationale Pressekonferenz abhalten zu dürfen, auf der Herr Danielius u.a. auch sein Klagelied über angebliche Wahlbehinderungen anstimmen wollte. Die Erklärung, die die Leitung der SED-Berlin-West vor der internationalen Presse abgeben wollte, wurde bisher vom Politbüro in Ostberlin nicht genehmigt.

"Wasser - Berlin - 1963"

sp - Vor allem die Städte und Gemeinden der Bundesrepublik werden es sein, bei denen die Ausstellung "Wasser - Berlin - '63", die in der Zeit vom 22. Mai bis zum 3. Juni dieses Jahres in der deutschen Hauptstadt stattfindet, besondere Beachtung finden wird. Auf dieser Ausstellung, in deren Mittelpunkt die Wasserversorgung und die Abwässerbeseitigung steht, soll erneut klar werden, wie groß diese Probleme in der Industriegesellschaft geworden sind und wie gering die Fähigkeit der Kommunen allein ist, sie zu bewältigen.

8000 Gemeinden ohne zentrale Wasserversorgung

Nach einer statistischen Erhebung der interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft haben heute von den 24 000 Gemeinden in der Bundesrepublik 8000 immer noch keine zentrale Wasserversorgung. Es handelt sich meist um finanzschwache kleine und mittlere Gemeinden, denen der Bau des Wasserwerks und das kostspielige Verteilernetz immer noch nicht möglich geworden sind. In diesen Gemeinden holt man das Wasser trotz Wohlstand und Vollbeschäftigung noch immer aus Brunnen, Zisternen und Gräben sowie Bächen. Es fehlt auch an Geld, um das Fachpersonal für Planung und Bau von Wasserversorgungen einzustellen. Die Vorfinanzierung mit Hilfe von Bund und Ländern liegt nach wie vor im Argen.

Wohin mit den Abwässern ?

Bei der Abwässerbeseitigung sieht es noch heute in vielen deutschen Großstädten schlimm aus. Die Vollkanalisation ganzer Großstädte ergießt sich ungeklärt in Meer und Flüsse. Andere Städte schaffen mit kleinen Tankern Abwasser-Schlamm in die offene See. Die Millionen-Projekte, welche für Müllverbrennungsanlagen und Kläranlagen notwendig sind, können die Städte aus eigener Kraft in der Regel nicht aufbringen. Es reicht oft sogar nicht einmal zur Vollkanalisation in der Großstadt selbst, und dann muß wie vor hundert Jahren noch der Goldeimer-Wagen einspringen. Dabei sind die Wege, das Problem technisch und rationell zu bewältigen, längst bekannt. In den USA kann man ganze Kläranlagen sozusagen von der Stange kaufen. Nach einem Katalog können Fertigteile bestellt und an Ort und Stelle kostensparend montiert werden. Dieser Weg steht uns auch bevor, aber die Finanzhilfe für Städte und Gemeinden ist notwendig.

10 Milliarden DM ...

Die Abwasser-Welle steigt ständig an. Während 1957 Industrie- und Haushalte im Bundesgebiet täglich 23 Millionen Kubikmeter Abwasser "ausstießen", hat die Menge heute schon die 30 Millionen-Grenze fast erreicht. Das geschieht vor dem Hintergrund des steigenden Wasserbedarfs, der 1957 etwa zehn Millionen Kubikmeter täglich betrug und bis 1960 auf 13 Millionen Kubikmeter anwuchs. Etwa 10 Milliarden DM müßten in den nächsten zehn Jahren für Kläranlagen und Abwässerbeseitigung investiert werden.

## Kiel stellt Signale auf Grün

---

Kiel - Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel, deren fürchterliche Bombenzerstörungen inzwischen durch eine großartige Neubauplanung unsichtbar geworden sind, bereitet sich auf den Weg in die Zukunft vor. Die ständig wachsende Großstadt will sich mit einem Ring von Trabantenstädten umgeben und daneben jene Altbauviertel im Stadtzentrum sanieren, die den Bombenkrieg überlebten.

Voraussetzung für den Weg in die Zukunft war aber die moderne Grundstücksbereinigung, verbunden mit der Planung breiter Verkehrsachsen, welche damals der verstorbene sozialdemokratische Oberbürgermeister Andreas Gayk mit beispielloser Energie vorgenommen hatte. Sein Nachfolger, der sich auf eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament stützende Dr. Hans Mithling, hat nunmehr für den Bau der größten Trabantenstadt Norddeutschlands die Signale auf Grün gestellt.

Nach dem Vorbild der Siedlung "Neuen Vahr" in Bremen und der hochmodernen Trabantenstadt in Farsta am Rande Stockholms wird Kiel mit Hilfe der "Neuen Heimat" in den nächsten Jahren auf einer Grundfläche von fünf Quadratkilometern eine eigene Trabantenstadt bauen, in der 40 000 Einwohner leben sollen. Das ganze wird in acht Wohnbezirke gegliedert, wovon jeder mitten in Grünflächen liegt.

Zum ersten Mal auch wird die neue Trabantenstadt durch die Vielfalt ihrer Baukörper imponieren. Zwölfgeschössige Punkthochhäuser und verstreut herumgruppierte Reiheneigenheime, vier- bis sechstöckige Etagenhäuser und Kettenbungalows mit freundlichen Fassaden und großen Fenstern werden das Bild bestimmen. Ein zentrales Fernheizwerk ist vorgesehen und ganz am Rande der Trabantenstadt wird schließlich ein Gewerbe- und Industrie-Zentrum entstehen, das einigen tausend Menschen einen Arbeitsplatz bieten soll.

Daneben hat Kiel sich aber vorgenommen, nun auch die letzten ungesunden Altstadtbezirke, die seinerzeit wuchsen, als Kiel Reichskriegshafen wurde und später die französischen Gold-Milliarden nach dem Krieg von 1870/71 anrollten, zu sanieren. Die von der Andreas-Gayk-Straße in der City ausgehende Fußgänger- und Ladenstraße soll um ein beträchtliches Stück verlängert, durch den Altstadt-Bezirk gebrochen und an das Hindenburgufer geknüpft werden, einer schönen Uferpromenade, die dann sechs Kilometer lang der Kieler Förde folgt.

Auf den Grundmauern des zerstörten Stadtschlusses, einer Gründung, an der Katharina die Große ebenso wie die Ahnen des deutschen Kaiserhauses beteiligt waren, ist schon ein großes Kulturzentrum mit dem neuen Studio des Norddeutschen Rundfunk als Mittelpunkt im Bau.

"Schwarz - Rot - Gold"

Geschichtliche Stationen der deutschen Freiheitsfarben

Bdt - Der Vorwurf mangelnder Staatsgesinnung wurde in letzter Zeit nicht selten gegen das deutsche Volk erhoben - oft allerdings sehr zu unrecht. Eine andere Frage ist, wie sich das deutsche Volk diese Staatsgesinnung erwirbt und wer ihm dabei hilft. Was zum Beispiel ist getan worden, um ganz besonders der Jugend des deutschen Volkes, die Bedeutung der schwarz-rot-goldenen Freiheitsfarben nahezubringen?

Es ist ja hinlänglich bekannt, daß von den großen Stationen der deutschen Geschichte, dem Hambacher Fest zu Beispiel, nur wenige etwas wissen. Der geschichtliche Weg der demokratischen Staatsfarben, ist, wenn das zu sagen erlaubt ist, noch weniger bekannt. Ein wahres Glück ist es, daß für alle diese Dinge dann meist doch irgendwo eine private Initiative entwickelt wird, mit deren Hilfe man weiterkommt.

So hat sich Christian Schmitz-Rheinfeld der Farben der Bundesrepublik Deutschlands angenommen und ihre Geschichte das letzte anderthalb Jahrhundert hindurch verfolgt. Schmitz-Rheinfeld ist kein Historiker, seine kleine Schrift "Schwarz-Rot-Gold" ist gewiß keine wissenschaftliche Arbeit. Aber sie ist eine populäre Beschreibung der "geschichtlichen Stationen der deutschen Freiheitsfarben".

Die Jungsozialisten Deutschlands haben gut daran getan, diese Schrift in ihr Programm aufzunehmen und sie jetzt zu veröffentlichen. Diese recht einfache, aber auch bewegende Darstellung der Geschichte von Schwarz-Rot-Gold kommt in diesem Jahre des hundertjährigen Bestehens der Sozialdemokratie gerade recht. Sie bringt wohl dem Geschichtskenner nichts Neues, aber sie gibt vielen jungen Menschen den Leitfaden in die Hand, auf den sie schon lange gewartet haben.

Die verdienstvolle "Schriftenreihe der Jungsozialisten" ist damit um einen Titel erweitert. Diese Schriftenreihe hat sich mit der Bundeswehr, mit den Entwicklungsländern, mit Sowjetrußland, dem "KZ-Staat" und den Vereinten Nationen beschäftigt. Von Paul Heinz Kempfshulte und Georg K. Voukelatos ist in dieser Reihe eine Broschüre über die "Grundzüge der faschistischen und nationalsozialistischen Ideologie" erschienen. Alle diese Titel sind wertvolles staatsbürgerliches Bildungsmaterial. Viele haben weite Verbreitung gefunden. Diese wäre auch Schmitz-Rheinfelds "Schwarz-Rot-Gold" zu wünschen.